

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

JULI/AUGUST 1974 Nr. 5

Herausgegeben von Anti-Strauß-Komitee, München

"Kampf dem Marxismus" - "Zerstö-
rische Thesen vom Klassenkampf" -
"Die Rolle der Gewerkschaften in
unserem politischen und öffentli-
chen Leben genau überprüfen" - so
tönte S+rauß auf dem Münchner
CSU-Parteitag. Alles was links von
der CSU steht sind Marxisten -
meint S+rauß.

Und besonders aufs Korn genommen
wurde die Gewerkschaft: "Unter -
sucht werden müsse," ob die Macht
der Gewerkschaften nicht miß -

besseren belehren lassen.
Über tausend Demokraten kamen,
um S+rauß lautstark klar zu
machen, für wen sie ihn halten.
Sprechchöre wie "Alle Demokraten
einig gegen Strauß", "Keine Stim-
me der CSU und NPD" und Transpa-
rente wie "Stoppt S+rauß" bewiesen,
daß viele Menschen schon erkannt
haben, welche Gefahr von Strauß
ausgeht.

Alarmierend allerdings ist es,
daß etliche große politische

MÜNCHNER DEMOKRATEN GEGEN STRAUß

braucht wird, indem zu viele Ge-
werkschaftsfunktionäre in Schlüs-
selstellungen politischer, wirt-
schaftlicher und sozialer Gremien
sitzen".

Zum Abschluß ihres Parteitages
hatten die Rechten mit riesem
Werberummel zu einer Kundge-
bung auf dem Marienplatz aufge-
rufen. Mit geradezu primitiver
Volksaufhetzung versuchten die
Redner Strauß und Goppel die
Zuhörer für einen Machtwechsel
zu ihren -der Rechten- Gunsten
zu begeistern. Auch wenn Goppel
meinte, daß der Marienplatz ihm
und seinen Parteifreunden gehö-
re, so mußte er sich doch eines

Organisationen keinen Finger
krumm gemacht haben, sich zum
Protest gegen diese Hetzkundge-
bung aufzuraffen. Weder die Ge-
werkschaft noch die SPD waren
auf dem Marienplatz zu sehen.
Dabei hatte das ANTI - STARUß -
KOMITEE rechtzeitig alle demo-
kratischen Organisationen in
München aufgerufen, sich dem Pro-
test gegen S+rauß anzuschließen.
Alarmierend ist das deswegen,
weil die Demokraten es sich nicht
leisten können den Rechten gegen-
über schlafmützig und uneinig zu
sein! Niemand kann heute sagen,
er habe nichts gewußt.

CSU — eine Partei der Reichen



Wenn die CSU auf volksnah und sozial macht, ist das pure Demagogie. Wenn man sich die Mitglieder der CSU mal genauer anschaut, muß man erkennen, daß solche Leute noch nie Volksfreunde waren und das auch nie werden!

Fürst Georg von Waldburg-Zeil, Besitzer von Sägewerken und Papierfabriken, der Allgäuer Zeitungsverlags GmbH, der Firma Eisen-Fuchs (Haushaltswaren u. Eisenhandel), diverser Kurunternehmen, Mitglied in CSU und CDU

Ludwig Bölkow, Gesellschafter des Rüstungsgiganten Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Vorsitzender des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU

Hippolyt Baron Poschinger von Frauenau, Großgrundbesitzer (Familienbesitz rund 12000 ha), Mitglied im Gesamtvorstand d. Bayr. Bauernverbandes, Beirat der Deutschen Bank AG, Besitzer einer Glasfabrik, Vorsitzender des Agrarausschusses im Wirtschaftsbeirat der CSU.

MÜNCHEN: Neofaschistische Hetze vor der Feldherrnhalle

"Kampf dem Kommunismus" war die Hauptparole, unter der die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der Neofaschistischen NPD, am Samstag den 27. Juli einen Marsch auf die Feldherrnhalle machten. Erschreckende Parallelen:
- Schon Hitler zog gen Osten unter dem Banner des Anti-Bolschewismus,
- am 13. Juli wollte Strauß in seiner Rede am Marienpl. Deutschland vom Marxismus befreien. Bei den Neofaschisten konnte man auf einem Transparent lesen:

"Königsberg u. Breslau-deutsche Städte wie Berlin". Das ist nichts anderes als offene Kriegshetze!

Die 60 Faschisten aber blieben nicht ungestört. Mehrere hundert Demokraten waren dem Aufruf eines Bündnisses verschiedener fortschrittlicher Organisationen gefolgt und protestierten mit Sprechchören und Transparenten gegen die Faschistenhetze. Die anschließende spontane Demonstration zur Münchner Freiheit fand bei den Passanten viel Zustimmung.

VERSAPÄTERER WIDERSTAND

Am 20. Juli werden alljährlich jene Offiziere geehrt, die ein Attentat im Jahre 1944 auf Hitler verübten.

Schon in der Schule lernen die Kinder : 20. Juli, das ist der Widerstand gegen Hitler gewesen.

Zweifellos ist den Offizieren um Stauffenberg große Achtung entgegenzubringen. Sie haben gesehen, wohin der Faschismus das deutsche Volk bringt, und sie haben dagegen zum einzig möglichen Mittel, zum organisierten Widerstand gegriffen. Aber Stauffenberg und seine Leute waren nicht die Widerstandskämpfer schlechthin, so wie es heute gerne dargestellt wird. Als sie sich 1944 dazu auffafften, waren schon tausende in die KZ's gewandert. Es waren diejenigen, die von Anfang an dem Hitler-Faschismus die Stirn geboten haben, und nicht erst dann ihre Verantwortung erkannten, als Hitler-Faschismus praktisch schon am Boden zerstört war.

Der Widerstand gegen Hitler hat sich vor allem dort organisiert, wo Arbeiter zusammenkamen, in Fabriken, Wohngegenden und Vereinen. Da wurde geplant und organisiert, auch Verbindungen zum Ausland wurden

hergestellt. Dort wurde der Widerstand nicht als einzelnes Abenteuer aufgefaßt, sondern als zähe Kleinarbeit. Sie sollte schließlich zum ersehnten Sieg über die Hitlerdiktatur führen. Kommunisten, Sozialdemokraten, evangelische und katholische Christen, all die Namenlosen, die ihr Leben für ein besseres, friedlicheres und demokratisches Deutschland gaben, daß sind die wirklichen Helden des Widerstandes.

Von ihnen wird heute von offizieller Seite nicht gesprochen. Warum nicht : weil sie schon, anders als Stauffenberg und seine Leute unter der Hitler-Diktatur, die schuldigen an Faschismus und Krieg eindeutig beim Namen nannten, Hochfinanz und Großindustrie.

Da diese Herren heute wieder etwas zu sagen haben, ist es nur zu verständlich, daß nur diejenigen Widerstandskämpfer herausgestellt werden, die auf ihrer Linie liegen, und damals der Ansicht waren, daß der Faschismus ihnen nicht mehr weiterhelfen kann.

Trotzdem : Wer gegen Hitler ist gehört in die Reihe derer, denen wir Achtung zollen, also auch den Offizieren um Stauffenberg.

**Keine Stimme für
Strauß und seine
CSU !!**

DID BRINGT DOKUMENTE

Kann man sich vorstellen, daß 1968 keiner der "Experten", im Verteidigungsministerium wußte, daß der Preis von 10 Mill. nicht stimmen kann, den die Industrie anbot als Stückpreis für ein neues Kampfflugzeug, MRCA, das den Starfighter ablösen soll. Denn seit die Industrie den Auftrag in der Tasche hat, gab sie ständig neue Preise bekannt, so sollte der MRCA 1971 schon 22 Mill. kosten, 1972 ca. 35 Mill., und endlich 1974 wurde im Februar bekannt, daß sich der Preis auf ca. 54 Mill. DM belaufen soll.

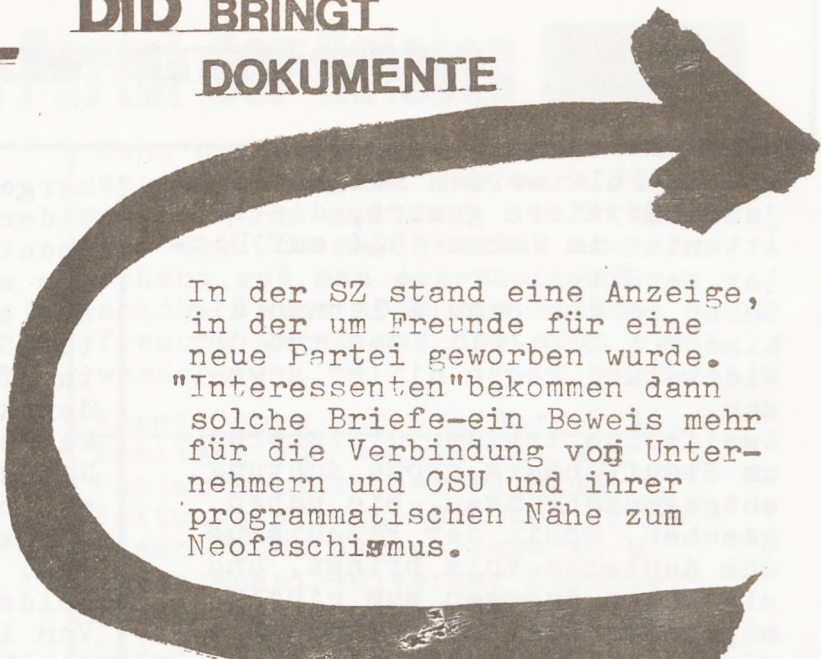
Zwar hat die Regierung ihre Bestellung von 800 Stück auf 322 reduziert, trotzdem aber würde der Rüstungshaushalt ins unendliche steigen und es müßte an anderer Stelle gespart werden.

Was macht diese Anschaffung so interessant, daß sogar eine enorme Haushaltsbelastung auf Kosten der Steuerzahler in Kauf genommen wird?

MRCA

Die MRCA wird von mehreren europäischen Staaten gebaut (Italien/England), dabei will sich die Regierung nicht zurückhalten, den sie hofft, mit der MRCA eine führende Rolle in der europäischen Rüstungsindustrie zu erlangen und auszubauen.

Man hat zwar mittlerweile klar erkannt, daß MRCA für die meisten der Aufgaben, für die sie angeschafft werden soll, unbrauchbar ist. Für einen Zweck aber, den man sorglich verschweigt, sehr gut ist, nämlich als Atombomber für Fernstrecken.



In der SZ stand eine Anzeige, in der um Freunde für eine neue Partei geworben wurde. "Interessenten" bekommen dann solche Briefe—ein Beweis mehr für die Verbindung von Unternehmern und CSU und ihrer programmatischen Nähe zum Neofaschismus.

Ein Angriff auf unsere Demokratie

Zum zweiten Male nun zeigt die Hans-Seidel-Stiftung ihre Ausstellung "Angriff auf unsere Demokratie" in München, und dies ausgerechnet im Polizeipräsidium in der Ettstr. Dazu kam nicht einmal ein Einspruch von der SPD-Polizei- und Stadtverwaltung.

Einseitig werden linksextreme Anarchistenbewegungen durch Plakate und Schriften herausgestellt, um nun damit durch grobe Verdrehung der Tatsachen aus der Vergangenheit und Gegenwart eine Verbindung zwischen fortschrittlichen Kräften und SA-Schlägern aufzubauen. Damit verharmlosen sie den Faschismus und rechtfertigen ihn letztlich. Ebenso der Vergleich der Unkosten, die die Studentenunruhen dem Steuerzahler verursachen, mit den Kosten eines Kindergartens. Dabei wird zum Beispiel dem Steuerzahler nicht mitgeteilt wieviel Unkosten F.J. Strauß als Verteidigungsminister verursacht hat. Bei dieser Ausstellung wird deutlichst eine antikommunistische Hetze betrieben, mit der fortschrittliche Demokraten verunglimpft und als kriminell dargestellt werden.

100 JAHRE

MÖBEL BLÜML
PALLING UND TRAUNREUT

INHABER: P. OSTERHAMMER

Bankkonto:

Raiffeisenbank Palling 3022

Telefon (08629) 305

Tag der Deutschen Einheit

8221 Palling, den 17.6.1974

Meine sehr

DOKUMENTATION

Ich danke Ihnen für Ihre Zuschrift und bitten Sie um eine baldige Zusammenkunft im Münchner-Hofbräuhaus zur näheren Besprechung über die Gründungsversammlung und Anmeldung der neuen Partei.

Die Geschichtsblindheit und politische Unfähigkeit von SPD und FDP haben die Bundesrepublik in die größte Krise ihrer 25-jährigen Geschichte geführt, sagte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß.

Wir dürfen aber als Bürger nicht tatenlos zusehen, wie alles, was unser Volk mit unheimlichem Fleiß und Opfern aufgebaut hat, jetzt dem Untergang geweiht wird. Ich habe mich deshalb entschlossen, eine neue Partei zu gründen und diese Partei mit allen Mitteln zur größten und führenden Partei in der Bundesrepublik zu machen. Ich bitte Sie, um der Zukunft Deutschlands willen, mir dabei mit Ihrem ganzen persönlichen Einsatz beizustehen und mich dabei nach besten Kräften zu unterstützen.

Die Ziele der neuen Deutschen sozialistischen Volkspartei sind:

1. Die Wiedervereinigung Deutschlands und einen gerechten Frieden.
2. Der wirtschaftliche Aufstieg unseres Volkes.
3. Der soziale Aufstieg unseres Volkes (Volkskapitalismus).
4. Die absolute Gleichberechtigung unserer Damen in Betrieb und Gesellschaft.
5. Bessere und rationellere Ausbildung unserer Jugend (Schulreform).
6. Höhere Löhne, Gehälter, Pensionen und Renten (ohne Streiks und Krawalle).
7. Weniger Steuern und Sozialbeiträge (Steuerreform).
8. Ein staatliches Gehalt für Studenten während der Ausbildungszeit.
9. Mehr Sozialleistungen und Verbesserung des Gesundheitswesens.
10. Mehr Sicherheit für die Bürger vor Verbrechen und Umweltverschmutzung.

Das wäre in großen Umrissen das Programm der neuen DSV. Bei unserer Zusammenkunft könnte ja das eine oder andere noch etwas geändert werden. Unser größtes Ziel muß es allerdings sein, eine volkstümliche Partei zu werden und zu bleiben, eine Partei der Massen. Wir müssen versuchen, bei der nächsten Bundestagswahl - gemeinsam mit der CSU/CDU - in den Wahlkampf zu gehen, um so unbedingt die absolute Mehrheit an uns zu reißen. Alle näheren Einzelheiten werde ich Ihnen bei unserer ersten Zusammenkunft im Münchner-Hofbräuhaus mitteilen. Bitte schreiben Sie mir, ob Sie mit einer Versammlung im Hofbräuhaus einverstanden sind und wann es Ihnen am besten paßt. Ich würde vorschlagen - an einem Freitagabend 20 Uhr.

In Erwartung Ihrer geschätzten Rückantwort verbleibe ich

mit freundlichem Gruß

MÖBEL BLÜML
P. Osterhammer
PALLING TRAUNREUT



Französische Widerstandskämpfer protestierten im Kölner Landgericht dagegen, daß sie nicht als Zeugen im Klarsfeld-Prozeß aussagen konnten. Sie wurden anschließend von Polizei- und Justizbeamten brutal zusammengeschlagen.

"IHR HABT MEINE FAMILIE UMGE-
BRACHT, WOLLT IHR MICH JETZT
AUCH TOTSCHLAGEN ?"

Dieser Ausruf eines Franzosen
beim Klarsfeld - Prozeß in
Köln wird verständlich ange-
sichts der dortigen Vorfälle:

- Antifaschistische Wider-
standskämpfer und ehemalige
KZ-Häftlinge wurden von
Justizwachtmeistern und Po-
lizisten mit Fausthieben zu
Boden gestreckt!
- Richter Somoskeoy verfügte
Aussperrung der Öffentlich-
keit sowie teilweise Aus-
sperrung der Presse !

- Weigerung des selben Rich-
ters, weitere französische
Zeugen zu vernehmen, nach-
dem einige von ihnen dage-
gen protestiert hatten, daß
SS-Lischka frei, Beate Klar-
sfeld, die sich für die
Strafverfolgung ehemaliger
SS- Leute einsetzte, auf der
Anklagebank saß !
- Sicherheitsvorkehrungen für
SS-Lischka (u.a. Lischka
darf zum eigenen Schutz
eine Pistole führen;
Zivilpolizist als Begleiter
Lischkas bei der Verhandlung)

JUSTIZIA ERBLINDET

Dr. Kurt Borm, der in seiner
Tätigkeit als Arzt, während
der Nazizeit über 6000 Geistes-
kranke dem Euthanasie-Tod über-
antwortet hat, wird durch ein
Urteil des Bundesgerichtshofes
in seiner vergangen Handlungs-
weise eigentlich bestätigt.
Die Abschwächung seines Verge-
hens läßt unseren Rechtsstaat
in einem bösen Zwielticht er-
scheinen. Die Konstuktion des
angeblich fehlenden Unrechtsbe-
wußtseins bei dem Angeklagten
während der Tatzeit, mutet

als Zynismus an gegenüber den-
jenigen, die sich nicht zum
aktiven Werkzeug des kaltblü-
tigen Massenmordes machen
ließen. Die Bedeutung des Ur-
teils ist grotesk : Wer einen
anderen Menschen umbringt, wird
bestraft; bringt jemand kalt und
berechnend Tausende um, geht
er straffrei aus.
Außerdem bedeutet diese Ur-
teilsfindung, daß sie bei wei-
teren Euthanasie- und NS-Mord-
prozessen zugrundegelegt wer-
den kann, und ein Freispruch
erfolgen müßte.

Die Deutsch-Französin Beate Klarsfeld wurde in diesem Frühjahr auf dem Lagergelände des KZ-Dachau festgenommen und kurz darauf vor Gericht gestellt. und zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten ohne Be-

FALL ACHENBACH

währung verurteilt. Ihr wurde zur Last gelegt, den ehemaligen Gestapo-chef von Paris, Kurt Lischka, der für die Deportierung der französischen Juden nach Auschwitz verantwortlich war, entführt zu haben. Dieses Urteil löste im In- und Ausland prompt einen Empörungsturm aus; hatte doch Beate Klarsfeld mit dieser Aktion darauf hinweisen wollen, daß das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Überleitungsvertrag, welches be-

Was Recht ist muss Recht bleiben!

Das Recht auf freie Meinungsäußerung stand auf dem Spiel, als einem Demokraten in Regensburg der Prozess gemacht wurde. Die Stadt und einer ihrer leitenden Angestellten waren Kläger und vor Gericht hieß es, es ginge um Beleidigung.

In Wirklichkeit ging es darum: Unerträgliche Zustände in einem städtischen Betrieb waren ans Licht gebracht worden, und zwar durch eine Publikation für die der Angeklagte als presserechtlich Verantwortlicher

zeichnete. Durch eine hohe Strafe sollte ein Exempel statuiert werden,

Doch die Regensburger Demokraten schiefen nicht: Auf Anregung des Anti-Strauss-Komitees bilde-

besagt, daß die wegen Nazi-verbrechen in Frankreich in Abwesenheit verurteilte Deutschen, in Deutschland wieder zur Rechenschaft gezogen werden können, seit drei Jahren auf seine Ratifizierung durch den deutschen Bundestag wartet. Es stellte sich heraus, daß es gerade der FDP-Abgeordnete Ernst Achenbach war, der es verstand dieses Zusatzabkommen drei Jahre lang erfolgreich zu blockieren. Kein Wunder, dieser Herr war, während der Zeit, als Herr Lischka die französischen Juden in die Gasöfen von Auschwitz trieb, Angehöriger der deutschen Botschaft in Paris und als solcher, wie das aus dem Weißbuch der Jungdemokraten hervorgeht, mit Judenfragen befaßt.

Es scheint nun doch so, daß sich der Einsatz von Beate Klarsfeld gelohnt hat. Herr Achenbach ist tief in die Isolation innerhalb der Koalition geraten und es ist nur noch eine Frage der Zeit wann er seinen Hut nehmen muß.

te sich spontan die "Initiative zur Verteidigung der freien Meinungsäußerung". Durch Flugblätter wurden die Regensburger informiert - bald war der Prozess Stadtgespräch und die Stimmung war eindeutig auf der Seite des "Angeklagten". Viele Unterschriften für einen Freispruch wurden gesammelt und dem Gericht vorgelegt.

Etwas konnte erreicht werden: Die hohe Gefängnisstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Obwohl die Zeugenaussagen eindeutig die Behauptungen des Angeklagten bestätigten wurde er nicht freigesprochen, sondern der Richter brummte ihm eine Geldstrafe auf (einschließlich der Prozesskosten) um rund 5000 DM)

Erst recht kein Grund für die Initiative jetzt aufzugeben!

ZWEIERLEI RECHT

Das Bundesverfassungsgericht lehnte nach fünfjähriger Untersuchungszeit den 1969 von der damaligen Bundesregierung gestellten Antrag ab, dem Herausgeber der Deutschen National- und Soldatenzeitung Dr. G. Frey, das Recht auf freie Meinungsäußerung abzuerkennen.

Aus der Urteilsbegründung:

"Frey sei nicht mehr gefährlich und seine Zeitung finde nicht mehr soviel Resonanz wie zum Zeitpunkt der Antragstellung", aber:

Die Wahlerfolge der NPD, die damals sogar das Ausland aufhorchen ließen, sind zwar zurückgegangen, das bedeutet jedoch nicht, daß damit die Aktivitäten der Rechten zurückgegangen sind. Die Aktivitäten von Herrn Grau, die sich als indirekte Wahlunterstützung der NPD für die CSU entpuppte, lassen u.a. erkennen, daß sich die Aktivitäten lediglich verlagert haben.

Begünstigt wurde dieses Urteil durch alle Bundesregierungen nach 1969: sie hatten es "versäumt" neues Beweismaterial vorzulegen und auf die Verteidigungsschriften Freys zu antworten!

Dieses Versäumnis wiegt um so schwerer angesichts der Flut von Radikalenerlassen, die auch die Bundesregierung beschäftigten. Trotz der Erfahrung mit Weimar und dem Dritten Reich scheint für Regierung und Justiz, rechte Aktivität keine ernste Gefährdung der Demokratie zu bedeuten.

Im Gegenteil:

Die Justiz stellt sich sogar hinter die Urteilkategorien der Nazis. Der Bundesgerichts-

hof erlaubt dem Herausgeber der "Deutschen National- und Soldatenzeitung" laut Urteil vom 5.6.74, den antifaschistischen Widerstandskämpfer und Kommunisten Fiete Schulze weiterhin als Mörder zu bezeichnen. Fiete Schulze wurde von den Nazis am 18.3.1935 zum Tode verurteilt und am 6.6.1935 wurde er hingerichtet.



Fiete Schulze

Mit diesem Urteil hat sich der Bundesgerichtshof hinter das Hamburger Oberlandesgericht gestellt, das in einer Entscheidung vom 13.7.1972 Fiete Schulze zum zweiten Male zum Tode verurteilte und damit zum Ausdruck brachte, daß ein politisches Terrorurteil der Nazis aus dem Jahre 1935 heute im Jahre 1974 von der bundesdeutschen Justiz als rechtens anerkannt wird. Die Entscheidungen von BVG und BGH scheinen allerdings keine Einzelercheinungen zu sein. Im Klarsfeld-Prozeß kam es zu Vorfällen und zu einer Urteilsfindung, die das Rechtsempfinden aller Antifaschisten verletzt, so auch im Falle des Dr. Kurt Borm, der 6000 geistig Behinderte dem Euthanasietod überantwortete und wegen Unrechtsbewußtsein zur Tatzeit, Freispruch erhielt.

(Nach Tat, Nr. 23, 24, 28/74)

„National-revolutionäres“

Es gibt viele fortschrittliche Menschen, die immer meinen, daß die Neofaschisten zwar äußerst üble Leute sind, aber unbedeutend und ohne Einfluß. Diese Ansicht ist falsch und birgt die große Gefahr in sich, die Gefahr des Neofaschismus zu verniedlichen.

In Berlin gründete sich vor kurzem eine "Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation". An der Gründung war die rechtsextreme "Außerparlamentarische Mitarbeit" beteiligt, die auch Kontakte zur CSU pflegt. Die Monatszeitung dieser Organisation ist der 'Rebell' und wird in der ganzen BRD verbreitet. Diese Neunazis behaupten, daß sie "antikapitalistisch" seien und einen nationalrevolutionären Sozialismus wollen. Ideen, die schon vom Strasser-Flügel der NSDAP vertreten wurden. Die Propaganda der Faschisten ist gezielt und hat Methode. Sie versuchen auf die für sie spezifische Art und Weise den Protest und den Widerstand gerade der Jugend für ihre Zwecke auszunützen. So zum Beispiel ihre Zeitung der 'Rebell', die formal in ähnlicher Weise aufgemacht ist, wie eine Jugendzeitung des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschland, die auf den gleichen Namen lautet. Ein anderes Beispiel ist die "Deutsche Aktionsgemeinschaft für nationale Politik", sie schreibt auf ihren Flugblättern: "Heraus zum Kampf - zerschlagt eure Ketten der sozialen Knechtschaft und politischen Entrechtung."

Ebenso reiten die "Jungen Nationaldemokraten" auf dieser sozialdemagogischen Welle mit. Auf einem Flugblatt schreiben sie: "Jede Stimme für die NPD ist eine Stimme gegen Ausbeutung durch Liberal- und Staatskapitalismus."

Das Ergebnis ihrer demagogischen Mühe ist, Stimmen unter der Arbeiterschaft zu sammeln, um denen, die sich mit Recht gegen Ausbeutung wehren, vorzugaukeln, daß die Nazis sie darin unterstützen.

Der Buchtip

Wer immer noch nicht weiß, was er außer dem DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENST im Urlaub lesen will, dem möchten wir zwei Bücher empfehlen:

Bernt Engelmann, Das Reich zerfiel...die Reichen blieben, Verlag Hoffmann und Campe. Dies Buch bringt viele Informationen über die Reichen und Mächtigen in unserem Land. Besonders wichtig sind die Materialien über die Verflechtungen von Bewitz und politischer Reaktion. Engelmann enthüllt, daß z.B. die CSU von Unternehmern und Großgrundbesitzern bestimmt wird.

Bruno Apitz, Nacht unter Wölfen, Mitteltdt. Verlag. Ein wirklich spannender Roman, der den Widerstand der Antifaschisten im KZ Buchenwald beschreibt. Der authentische Roman ist ein Dokument für die Einheit der Antifaschisten, er mahnt uns alles zu tun, um diese Einheit wieder herzustellen.

SOLIDARITÄT MIT HELGE SOMMERROCK

Am 6. August findet die Revisionsverhandlung im Prozeß Strauß gegen H. Sommerrock statt. Im ersten Prozeß war Helge Sommerrock wegen einer Karrikatur verurteilt worden, auf der ein Strauß-Kopf zu sehen war, aus dessen Mund Hitler spricht. Die andere "Untat" war die Schreibweise von Strauß mit den SS-Runen. Die Verhandlung findet um 8,30 Uhr im Justizpalast (Eingang Stachus) statt, Zimmer 219, II. Stock.

nicht vergessen...

Unsere Zeitung kostet uns sehr viel Geld und gerade Papier wird immer teurer. Bitte helfen Sie uns mit einer Spende - wir brauchen sie, da wir weder von "drüben" bezahlt werden, noch reiche Geldgeber wie Strauß und seine CSU haben. Unser Konto:
Hypo Bank, 470202649, Zweigst. Nordendstr., F. Hauß, Kennwort Anti-Strauß-Komitee

Nostalgie ist noch lange kein Grund CDU zu wählen



Dies Plakat des Heidelberger Grafikers Klaus Staek gilt beileibe nicht nur für die CDU. Der aufmerksame Betrachter wird feststellen: rechts außen sitzt ---- F.J. Strauß von der CSU !!

BEITRITTSERKLÄRUNG

- ☐ Ich möchte Mitglied im ANTI - STRAUß - KOMITEE werden.
- ☐ Ich möchte zunächst mehr Informationen über das ANTI - STRAUß - KOMITEE haben.

Name

Vorname

Wohnort

Straße

Unterschrift

Eigendruck im Selbstverlag, verantwortl. F. Hauß, München 80, Postfach 801803